



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

12. Juli 2019

Wochenbericht KW 28

forsa | Emnid | infratest dimap

Wähleranteile:	Union bei 26 %, SPD bei 15 % bzw. 12 % Grüne bei 26 % bzw. 24 %, AfD bei 13 % bzw. 12 %
Problemlösungskompetenz:	Grüne und Union fast gleichauf
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Kritische Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung bei bezahlbarem Wohnraum
Wirtschaftserwartungen:	Pessimistische Erwartungen überwiegen deutlich
Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden weiter hoch USA werden am häufigsten als größte Bedrohung genannt Zustimmung zu mehr deutscher Verantwortung in der Welt sinkt deutlich
Wichtigstes Thema:	EU-Postenvergabe, Vorschlag von der Leyen als Kommissionspräsidentin

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Emnid¹ für BamS
CDU/CSU	26 (-)	26 (-)
SPD	12 (-)	15 (+2)
FDP	8 (-)	8 (+1)
DIE LINKE	8 (-)	9 (-)
B'90/Grüne	26 (-)	24 (-)
AfD	12 (-)	13 (-1)
Sonstige	8 (-)	5 (-2)
Erhebungszeitraum	01.-05.07.	04.-10.07.

Die Union liegt bei forsa 14 (-) und bei Emnid 11 (-2) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
Kramp-Karrenbauer	19 (-1)
Scholz	25 (-2)
Kramp-Karrenbauer	19 (-1)
Habeck	34 (-)
Erhebungszeitraum	01.-05.07.

Annegret Kramp-Karrenbauer liegt bei der Kanzlerpräferenz 6 (-1) Prozentpunkte hinter Olaf Scholz und 15 Prozentpunkte (+1) hinter Robert Habeck.

40 % (-3) der CDU/CSU-Anhänger präferieren Kramp-Karrenbauer und 16 % (-) Scholz. Von den SPD-Anhängern würden sich 55 % (+3) für Scholz und 14 % (-) für Kramp-Karrenbauer entscheiden.

Bei der Kanzlerpräferenz zwischen Kramp-Karrenbauer und Habeck sprechen sich 41 % (-2) der CDU/CSU-Anhänger für Kramp-Karrenbauer und 14 % (-2) für Habeck aus; von den Anhängern der Grünen präferieren 60 % (-2) Habeck und 8 % (-2) Kramp-Karrenbauer.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (14.07.2019)

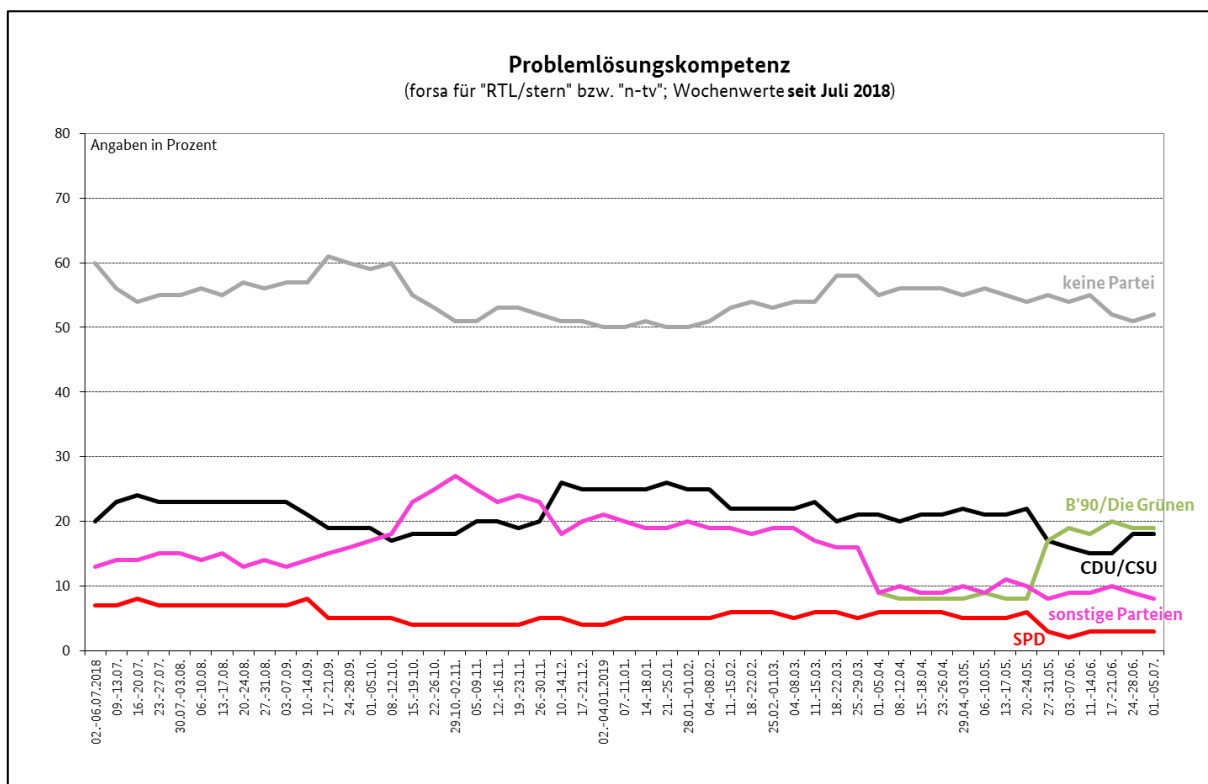
Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	18 (-)	
SPD	3 (-)	
Grüne	19 (-)	
sonstige Parteien	8 (-1)	
keine Partei	52 (+1)	
Erhebungszeitraum	01.-05.07.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegen die Grünen mit einem Prozentpunkt Vorsprung (-) fast gleichauf mit der Union und 16 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

Allerdings trauen 52 % (+1) die Lösung der Probleme keiner Partei zu.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im Juli 2019

Ergebnis für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Juni 2019

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	71 (+3)	25 (-5)	2 (-)	1 (+1)
Altersversorgung langfristig sichern	67 (+5)	30 (-3)	2 (-3)	1 (+1)
Bedingungen der Pflege verbessern	65 (-1)	32 (+2)	3 (-)	1 (-)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	64 (-5)	30 (+4)	4 (-)	2 (+1)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	63 (+7)	32 (-5)	4 (-2)	1 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	57 (-)	37 (-2)	4 (-)	1 (-)
Steuerlast gerecht verteilen	54 (+2)	39 (-3)	5 (-)	1 (-)
innere Sicherheit gewährleisten	54 (+5)	38 (-2)	5 (-3)	2 (-)
Gesundheitswesen modernisieren	46 (+1)	40 (-3)	12 (+3)	2 (-)
Zuwanderung von Ausländern regeln	46 (+7)	38 (-5)	12 (-2)	4 (+1)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	44 (-5)	44 (+4)	8 (+1)	1 (-1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	40 (-5)	40 (-1)	15 (+4)	4 (+1)
neue Technologien fördern	39 (+4)	45 (-3)	13 (-1)	2 (+1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	37 (+1)	49 (-2)	12 (-)	2 (+1)
Energiewende zügig vorantreiben	37 (-)	43 (-1)	14 (+1)	4 (-1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	35 (-1)	50 (+2)	12 (-3)	3 (+2)
deutsche Interessen in der EU vertreten	32 (+1)	49 (-1)	15 (-)	2 (-)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	32 (-4)	46 (+2)	13 (-)	7 (+1)
Verbraucherschutz stärken	24 (-2)	57 (-)	16 (+2)	2 (-)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	24 (+2)	53 (-1)	18 (-)	3 (-1)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	23 (+2)	53 (-2)	16 (-3)	4 (+1)
Staatsschulden begrenzen	22 (-8)	53 (+7)	18 (-2)	5 (+2)
Erhebungszeitraum	03.-09.07.			

Für gute Bildungsmöglichkeiten zu sorgen ist für die Bundesbürger die wichtigste politische Aufgabe. Die Bildungspolitik wird von 30- bis 39-Jährigen (83 %) und von Ostdeutschen (80 %) sowie von Anhängern der FDP (88 %), der Linkspartei und der AfD (jew. 81 %) besonders häufig als sehr wichtig angesehen. Personen mit hoher formaler Bildung nennen sie häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (76 % zu 65 %).

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen im Juli 2019

Erhebung für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Juni 2019

politische Aufgaben	sehr/eher gut		eher/sehr schlecht	
deutsche Interessen im Ausland vertreten	63	(-3)	30	(+3)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	62	(-1)	30	(+2)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	60	(-)	36	(+2)
deutsche Interessen in der EU vertreten	59	(-8)	33	(+8)
Staatsschulden begrenzen	55	(+1)	35	(-2)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	55	(+1)	39	(+1)
innere Sicherheit gewährleisten	55	(-8)	42	(+9)
neue Technologien fördern	53	(+1)	39	(-3)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	53	(+6)	41	(-3)
Verbraucherschutz stärken	50	(+3)	41	(-5)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	50	(-4)	47	(+4)
für bezahlbare Strompreise sorgen	43	(+4)	50	(-3)
Gesundheitswesen modernisieren	40	(-1)	55	(+1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	40	(+4)	58	(-2)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	37	(-)	60	(+1)
Energiewende zügig vorantreiben	35	(-1)	58	(-3)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	33	(-2)	63	(+5)
Bedingungen der Pflege verbessern	32	(-1)	63	(-)
Zuwanderung von Ausländern regeln	31	(-5)	67	(+9)
Altersversorgung langfristig sichern	27	(-1)	68	(+1)
Steuerlast gerecht verteilen	27	(+1)	69	(-)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	20	(-1)	77	(+3)
Erhebungszeitraum	03.-09.07.			

Lediglich in 11 von 22 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Die höchste Zustimmung erhält die Bundesregierung für die Vertretung deutscher Interessen im Ausland (63 %) und für die Schaffung von Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum (62 %). Im Vergleich zum Vormonat ist in mehreren Politikfeldern der Anteil der Bundesbürger, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut bewertet, teils deutlich gesunken. Dies gilt besonders für die Bereiche "deutsche Interessen in der EU vertreten" (-8 Prozentpunkte) und "innere Sicherheit gewährleisten" (-8 Prozentpunkte).

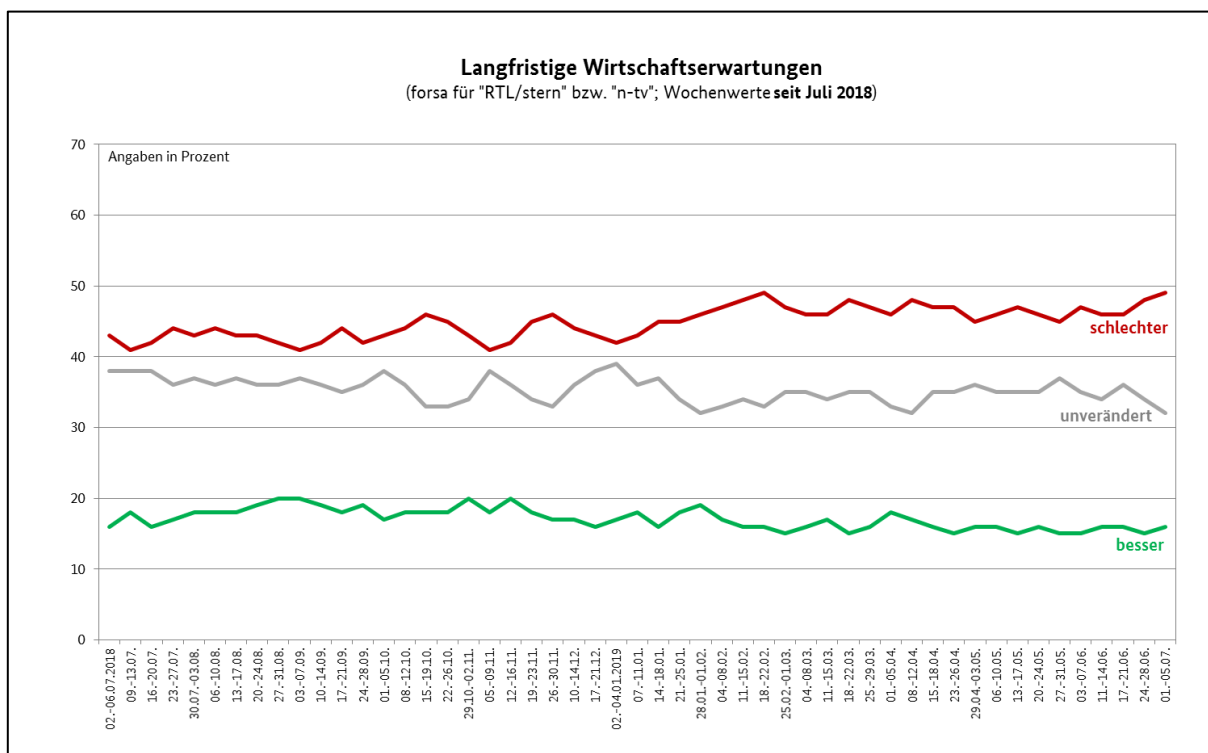
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	16	(+1)
schlechter	49	(+1)
unverändert	32	(-2)
Erhebungszeitraum	01.-05.07.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen sind im Vergleich zur Vorwoche nahezu unverändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 33 (-) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.

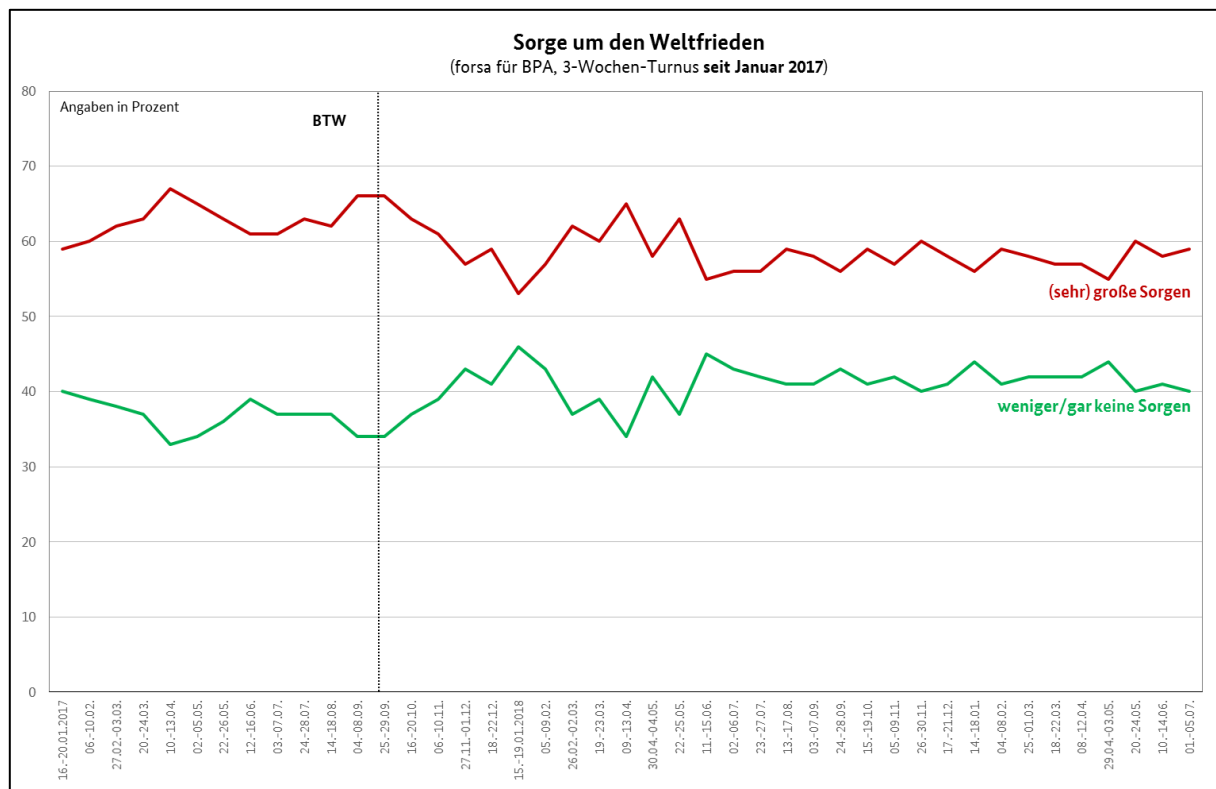


Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 25

	forsa für BPA	
sehr große	14	(+3)
große	45	(-2)
wenig	32	(-1)
keine	8	(-)
Erhebungszeitraum	01.-05.07.	

Anhänger der SPD (70 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (66 % zu 52 %) und über 60-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (68 % zu 45 %).

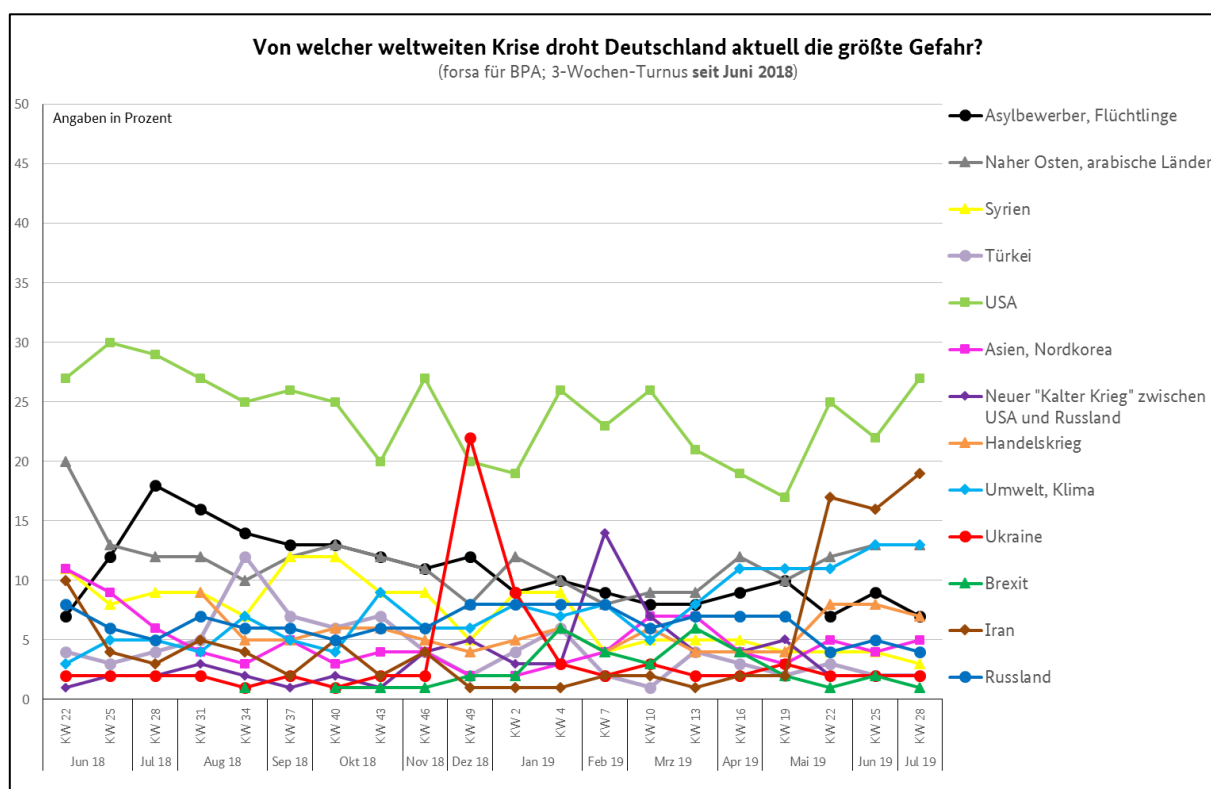


Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 25

	forsa für BPA
USA	27 (+5)
Iran	19 (+3)
Naher Osten, arabische Länder	13 (-)
Umwelt, Klima	13 (-)
Asylbewerber, Flüchtlinge	7 (-2)
Handelskrieg	7 (-1)
Asien, Nordkorea	5 (+1)
Erhebungszeitraum	01.-05.07.

Etwa ein Viertel der Bevölkerung nimmt die USA als größte Gefahr für Deutschland wahr. Die USA wird damit auch weiterhin häufiger genannt als andere mögliche Gefahrenquellen. Anhänger der SPD (37 %) nennen sie überdurchschnittlich oft, über 60-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (32 % zu 17 %).



Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

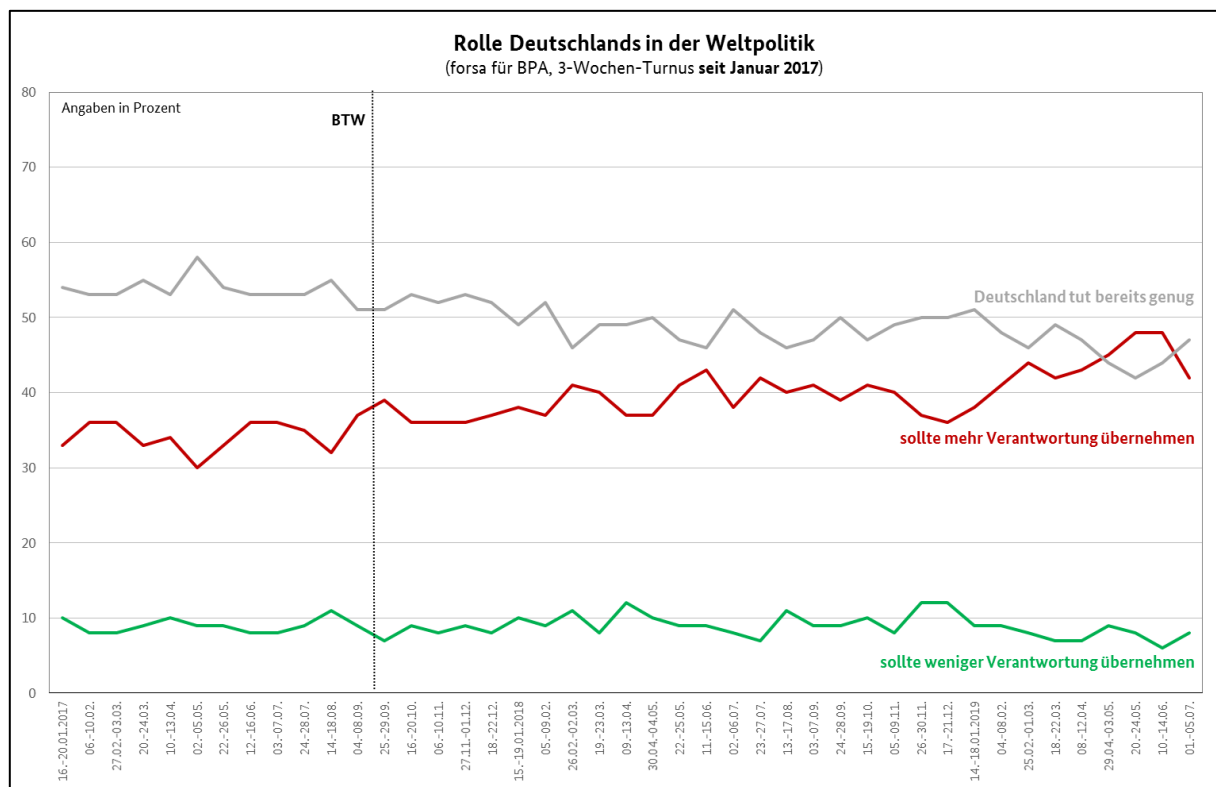
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 25

	forsa für BPA
sollte mehr Verantwortung übernehmen	42 (-6)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	8 (+2)
Deutschland tut bereits genug	47 (+3)
Erhebungszeitraum	01.-05.07.

Im Vergleich zu den Vormonaten ist der Anteil derjenigen, die sich für mehr deutsche Verantwortung aussprechen, deutlich gesunken. Eine relative Mehrheit findet nun wieder, dass Deutschland bereits genug tut.

Unter 30-Jährige (53 %) und Personen mit hoher formaler Bildung (48 %) sowie Anhänger der FDP (64 %) und der Grünen (58 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.



Rolle Deutschlands in der EU

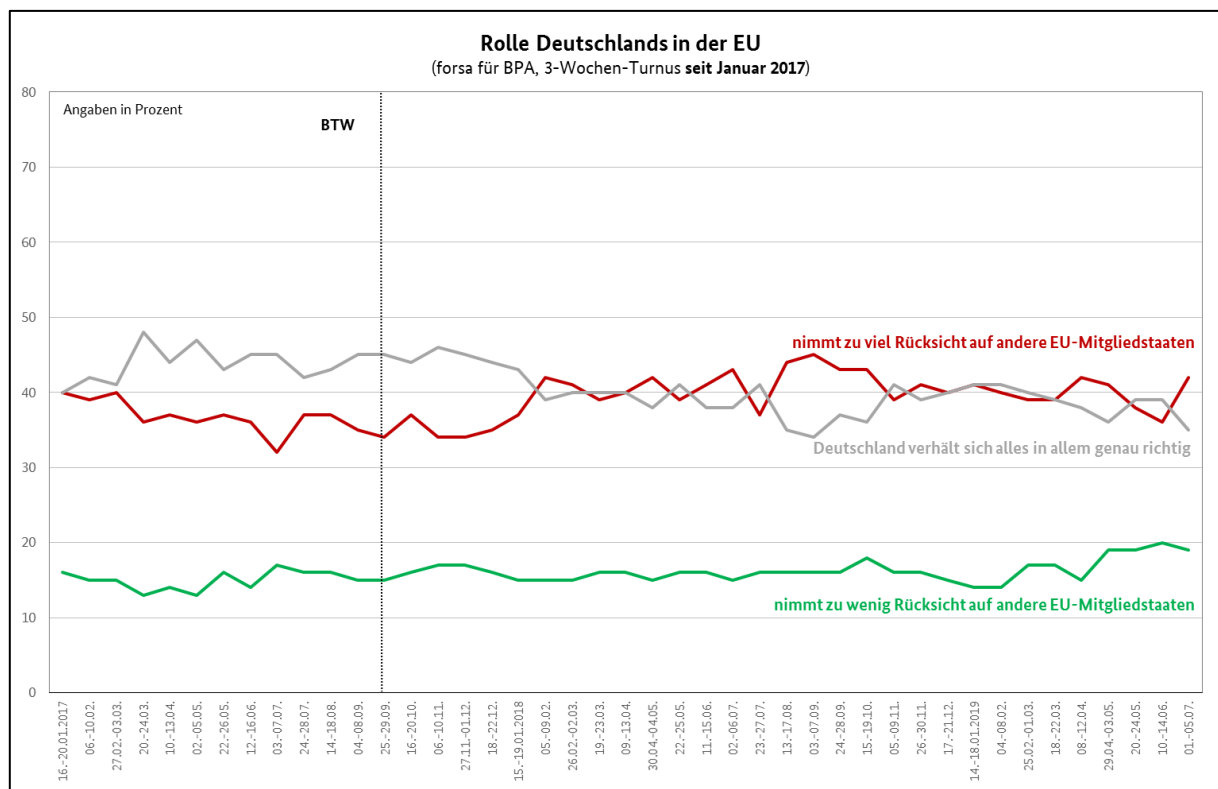
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 25

	forsa für BPA
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	42 (+6)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	19 (-1)
verhält sich alles in allem genau richtig	35 (-4)
Erhebungszeitraum	01.-05.07.

Im Vergleich zur Vorwoche finden mehr Personen, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten nimmt. Dieser Meinung sind vor allem Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (52 %) und 30- bis 59-Jährige (47 %) sowie Anhänger der AfD (74 %).

Anhänger der Linkspartei (36 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Im Vergleich zu Anhängern anderer Parteien finden Anhänger der Union (46 %), der Grünen (45 %) und der SPD (40 %) das Verhalten Deutschlands häufiger genau richtig.



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
EU-Postenvergabe, Vorschlag von der Leyen als Kommissionspräsidentin	17 (-10)
Seenotrettung im Mittelmeer	17 (+6)
Flüchtlinge/Ausländer in Deutschland, Asylpolitik, Integration, Abschiebungen	12 (+5)
Klimawandel, globale Erwärmung, CO ₂ -Ausstoß	10 (+3)
Umweltpolitik/-schutz	7 (-2)
Erhebungszeitraum	09.-10.07.

Etwa jeder Fünfte beschäftigt sich in dieser Woche mit der Postenvergabe auf EU-Ebene. Damit ist es auch in dieser Woche das am häufigsten genannte Thema, hat im Vergleich zur Vorwoche aber an Bedeutung verloren (-10 Prozentpunkte).

Vor allem Anhänger der SPD (26 %) sehen die Postenvergabe auf EU-Ebene als das wichtigste Thema der Woche an. Über 50-Jährige beschäftigen sich häufiger mit diesem Thema als unter 50-Jährige (23 % zu 12 %).

